



finma

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA  
Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers FINMA  
Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA  
Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA

27. MÄRZ 2018

# Enforcementbericht 2017

Das Enforcement der FINMA hat die Beseitigung von Missständen, die Wiederherstellung des ordnungsgemässen Zustands und die präventiv wirkende Sanktionierung von Gesetzesverstössen zum Ziel. Die FINMA informiert über ihre diesbezügliche generelle Tätigkeit einerseits im Rahmen der Jahresberichterstattung, andererseits aber auch im jährlich erscheinenden Enforcementbericht. Der Enforcementbericht soll den Finanzmarktteilnehmern und dem breiten Publikum mit kurzen und anonymisierten Fallbeschreibungen sowie einem Statistikteil die Enforcementtätigkeit der FINMA näherbringen. Er soll dabei nicht nur die rechtsdurchsetzende Tätigkeit der FINMA transparent machen, sondern auch eine vorbeugende Wirkung erzielen, indem anhand der beschriebenen Fälle und der getroffenen Massnahmen aufgezeigt wird, welche Verhaltensweisen zu einer Intervention durch die Aufsichtsbehörde führen.

Die FINMA wandelte das Enforcement auch im Jahr 2017 in verschiedensten Einsatzfeldern an. Ein Schwerpunkt lag wie im Vorjahr auf der Durchsetzung der Regeln zur Geldwäschereibekämpfung, bei der die FINMA sowohl gegen Institute als auch gegen verantwortliche Einzelpersonen vorging. Daneben sorgten Risikothemen wie der Umgang mit Interessenkonflikten, die Rolle von Intermediären oder Fehlverhalten im Kreditgeschäft zu einem Einschreiten bei Beaufsichtigten.

Auch im Bereich der Marktaufsicht schloss die FINMA mehrere Enforcementverfahren ab, zog die durch Insiderdelikte und Marktmanipulation erzielten Gewinne ein und verhängte zudem Berufs- und Tätigkeitsverbote. Solchen Marktaufsichtsverfahren vorgelagert ist eine umfangreiche Abklärungstätigkeit, bei der die Enforcementspezialisten der FINMA mit zunehmend modernen Hilfsmitteln aus einer Fülle von Transaktionsdaten Spuren missbräuchlicher Verhaltensweisen rekonstruieren und gegebenenfalls weiterverfolgen. Marktmissbrauchsfälle beschäftigten auch den Amtshilfebereich, wo die FINMA ausländische Aufsichtsbehörden auf deren Ersuchen hin bei der Ahndung von Insiderhandel und Marktmanipulation unterstützt.

Im unbewilligten Bereich setzte sich das Enforcement intensiviert mit Geschäftsmodellen auseinander, bei denen neue Finanztechnologien genutzt oder nachgeahmt werden, um damit unerlaubten Tätigkeiten nachzugehen. Neben diversen diesbezüglichen Abklärungen und Warnlisteneinträgen ordnete die FINMA z.B. die Liquidation eines Anbieters von Scheinkryptowährungen an. Aber auch herkömmliche Praktiken wie das öffentliche Anbieten scheinbar lukrativer Darlehen, Anleihen oder Aktiengeschäfte ohne die erforderliche Bewilligung beschäftigten das FINMA-Enforcement weiterhin stark.

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>4</b>	<b>Kasuistik FINMA</b>
4	<b>Übersicht</b>
5	<b>Bewilligter Bereich</b>
10	<b>Marktaufsicht</b>
13	<b>Unerlaubt tätige Finanzdienstleister</b>
22	<b>Übernahmen und Offenlegung</b>
24	<b>Internationale Amtshilfe</b>
<b>29</b>	<b>Gerichtssentscheide</b>
29	<b>Übersicht</b>
30	<b>Bewilligter Bereich und Marktaufsicht</b>
30	Urteile des Bundesgerichts
30	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
31	<b>Unerlaubt tätige Finanzdienstleister</b>
31	Urteile des Bundesgerichts
32	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
33	<b>Internationale Amtshilfe</b>
33	Urteile des Bundesverwaltungsgerichts
<b>34</b>	<b>Statistik</b>
34	<b>Allgemeine Statistiken</b>
34	Abgeschlossene Enforcementgeschäfte
35	Abklärungen
36	Enforcementverfahren
37	Internationale Amtshilfe
38	Amtshilfegesuche von ausländischen Behörden
38	Kundenverfahren
38	Amtshilfebegehren der FINMA im Zusammenhang mit eigenen Enforcementaktivitäten
39	Meldungen nach Art. 42c Abs. 3 FINMAG (Direktübermittlung durch Beaufschlagte)
40	<b>Verfügungen in Enforcementgeschäften</b>
40	Allgemein
41	Massnahmen
42	<b>Gerichtssentscheide</b>
43	<b>Anzeigen an Strafverfolgungsbehörden</b>
<b>44</b>	<b>Abkürzungen</b>

---

### Übersicht

Im vorliegenden Kapitel berichtet die FINMA in kurzer und anonymisierter Form über Verfügungen, die sie im Rahmen ihrer Enforcementtätigkeit erlassen hat (Art. 22 Abs. 1 FINMAG). Aufnahme in diese Kasustik fanden sämtliche Endverfügungen in der Sache, insofern das Verfahren nicht eingestellt oder abgeschrieben worden ist. Ein Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit besteht nicht.

Wo die FINMA aufgrund eines besonderen aufsichtsrechtlichen Bedürfnisses, namentlich zum Schutz von Marktteilnehmern oder zur Wahrung des Ansehens des Finanzplatzes Schweiz, bereits im Verlaufe des Jahres öffentlich über den Abschluss eines Enforcementverfahrens informiert hat, findet sich im Anschluss an die betreffende Zusammenfassung ein Link auf die entsprechende Medienmitteilung.

Der besseren Übersichtlichkeit halber sind die Zusammenfassungen in die nachfolgenden thematischen Kategorien eingeteilt. Innerhalb der jeweiligen Kategorie werden die Verfügungen chronologisch und in der Originalsprache aufgeführt.

- Bewilligter Bereich (S. 5): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die über eine finanzmarktrechtliche Bewilligung verfügen oder die im Zeitpunkt der Rechtsverletzung bei einem Bewilligungsträger tätig waren.
- Marktaufsicht (S. 10): Verfügungen zu marktmissbräuchlichen Verhaltensweisen, unabhängig davon, ob die Parteien Bewilligungsträger sind.
- Unerlaubt tätige Finanzmarktanbieter (S. 13): Verfügungen zu Unternehmen und Personen, die auf dem Finanzmarkt eine bewilligungspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben, ohne über die entsprechende Bewilligung zu verfügen.
- Übernahmen und Offenlegung (S. 22): Verfügungen, in denen die FINMA als Beschwerdeinstanz der Übernahmekommission entschieden hat oder welche die Offenlegung von Beteiligungen zum Thema haben.
- Internationale Amtshilfe (S. 24): Verfügungen zur Zusammenarbeit der FINMA mit ausländischen Finanzmarktaufsichtsbehörden.

### Bewilligter Bereich

1

**Entscheiddatum:** 13.1.2017

**Parteien:** Finanzgruppe X und Bank X

**Thema:** Beziehungen zu Vermittlern, Gewährs- und Organisationserfordernis

**Zusammenfassung:** Unter Federführung einer ausländischen Tochtergesellschaft der Finanzgruppe X flossen u.a. der Bank X im Jahr 2010 Vermögenswerte einer ausländischen Gesellschaft in dreistelliger Millionenhöhe über einen Vermittler als neue Kundengelder zu. Der Vermittler war zugleich Angestellter einer Gruppengesellschaft der Kundin. Als Entschädigung für die Vermittlung (Finder's Fee) wurden Währungswechsel zu stark überhöhten Margen auf den eingebrachten Kundenvermögen durchgeführt, wobei der Grossteil der entsprechenden Erträge an den Vermittler ging. Nach Ansicht der FINMA hat die Bank bzw. die Finanzgruppe dem Vermittler damit potentiell ungebührliche Vorteile zulasten des Kundenvermögens verschafft, um darauf Erträge erzielen zu können. Die FINMA sah im Ergebnis die bankengesetzlichen Anforderungen an eine angemessene Verwaltungsorganisation (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG und Art. 3f Abs. 2 BankG) sowie das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG und Art. 3f Abs. 1 BankG) in schwerer Weise verletzt.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang von rund CHF 5 Mio. (Art. 35 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-1034/2017

2

**Entscheiddatum:** 27.1.2017

**Partei:** Bank X

**Thema:** Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei, Organisations- und Gewährserfordernis

**Zusammenfassung:** Im Zeitraum zwischen Herbst 2009 und Sommer 2015 wurden Vermögenswerte aus dem Umfeld eines ausländischen Staatsfonds in der Höhe von insgesamt rund USD 2,4 Mrd. auf Konten bei der Bank X überwiesen. Die Gelder flossen in der Regel im Rahmen von Durchlauftransaktionen rasch wieder ab. Die in der Schweiz gebuchten Geschäftsbeziehungen und Transaktionen waren für die Bank X sowohl in ihrer Art als auch in ihrer Höhe ungewöhnlich und risikobehaftet. Trotz internen Warnungen klärte die Bank X aber im erwähnten Zeitraum die Geschäftsbeziehungen, insbesondere zu politisch exponierten Personen (PEP), sowie Transaktionen mit erhöhten Risiken wiederholt ungenügend ab. Trotz Bestehen ausreichender Verdachtsmomente erstattete sie den Schweizer Behörden bis zum Frühjahr 2015 keine Verdachtsmeldung. Die FINMA kam zum Schluss, dass die Bank die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten (Art. 3 ff. GwG), die Meldepflicht (Art. 9 GwG) sowie das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) schwer verletzt hatte.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang von rund CHF 6,5 Mio. (Art. 35 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

**Medienmitteilung der FINMA vom 2.2.2017**

### 3

**Entscheiddatum:** 2.2.2017

**Partei:** Versicherungsvermittler X

**Thema:** Voraussetzungen für die Eintragung im Register für Versicherungsvermittler

**Zusammenfassung:** A verfügte seit 2006 über einen Eintrag im Register für Versicherungsvermittler. Die FINMA stellte in einem früheren Verfahren gegenüber der X AG und der Y AG fest, dass diese ohne Bewilligung der FINMA bzw. ohne Anschluss an eine anerkannte Selbstregulierungsorganisation finanzintermediäre Tätigkeiten i.S.v. Art. 2 Abs. 3 GwG vorgenommen und damit aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzt hatten. Gegen den Hauptverantwortlichen A ordnete die FINMA die Publikationen einer Unterlassungsanweisung für die Dauer von fünf Jahren an. Dagegen setzte sich dieser mit Beschwerde zur Wehr, wobei er sowohl vor dem Bundesverwaltungsgericht als auch vor Bundesgericht unterlag. Die Rechtsmittelinstanzen hielten unter anderem fest, dass sich A dem gesamten aufsichtsrechtlichen Pflichtenkatalog entzogen hatte. Kommt ein Versicherungsvermittler den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG), einer Verordnung oder den Anordnungen der FINMA nicht nach oder erscheinen die Interessen der Versicherten anderweitig gefährdet, so trifft die FINMA die sichernden Massnahmen, die ihr zur Wahrung der Interessen der Versicherten erforderlich scheinen (Art. 51 Abs. 1 VAG). Die FINMA ordnete aus Gründen des Missbrauchsschutzes die Streichung von A aus dem Register für Versicherungsvermittler und eine Eintragungssperre an.

**Massnahmen:** Löschung aus dem Register für Versicherungsvermittler und Eintragungssperre bis und mit 24. November 2021 (Art. 51 Abs. 2 Bst. g VAG i.V.m. Art. 37 Abs. 1 FINMAG)

**Rechtskraft:** Auf eine von A erhobene Beschwerde ist das Bundesverwaltungsgericht nicht eingetreten (siehe Urteil BVGer B-757/2017 vom 23.10.2017).

### 4

**Entscheiddatum:** 19.5.2017

**Partei:** A (Mitglied der Geschäftsleitung)

**Thema:** Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei

**Zusammenfassung:** A war während seiner Tätigkeit bei der Bank Y Kundenberater des Bankkunden B. Dabei erhielt A Kenntnis über Tätigkeiten von B und unterstützte diesen auch bei Transaktionen, die den Paper Trail unterbrachen. Dafür erhielt er ein Entgelt. A wurde später Mitglied der Geschäftsleitung und Kundenbetreuer bei der Bank X. Er betreute dort Kunden, die einen Bezug zu B hatten und deren Vermögen nachweislich auch von B stammten. Unterdessen wurde B öffentlich verdächtigt, einen erheblichen Teil seines Vermögens deliktisch erworben zu haben. A legte sein Wissen gegenüber der Bank X nicht offen, weshalb die Bank X die betroffenen Geschäftsbeziehungen nicht als Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken erfasste und entsprechend behandelte. Selbst nachdem die Strafverfolgungsbehörden die Bank X betreffend B kontaktierten, reagierte A nicht, weshalb die Bank X in der Folge keine Verdachtsmeldung an die Meldestelle für Geldwäscherei erstattete. Die FINMA kam zum Schluss, dass A die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten (Art. 3 ff. GwG), die Meldepflicht (Art. 9 GwG) sowie die Anforderungen an die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) schwer verletzt hatte.

**Massnahmen:** Berufsverbot von fünf Jahren (Art. 33 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-2636/2017

### 5

**Entscheiddatum:** 30.6.2017

**Partei:** A (Mitglied der Geschäftsleitung)

**Thema:** Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung der Geldwäscherei

**Zusammenfassung:** Die natürliche Person A war Mitglied der Geschäftsleitung und Compliance-Verantwortlicher der Bank X. Die natürliche Person B, die nicht Kunde der Bank X war, wurde öffentlich verdächtigt, einen erheblichen Teil ihres Vermögens deliktisch erworben zu haben. Diverse Kunden der Bank X standen nachweislich in enger Beziehung zur natürlichen Person B. Dazu übermittelten die Strafverfolgungsbehörden der Bank X mehrere Editionsbegehren im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen die Person B. Die Prüfung verschiedener mit der natürlichen Person B in Verbindung stehender Kundenbeziehungen ergab, dass A die erforderlichen Abklärungen nicht vorgenommen hatte, seiner Dokumentationspflicht nicht nachgekommen war, diese Kundenbeziehungen nicht als Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken erfasste und pflichtwidrig Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei unterliess. Die FINMA kam zum Schluss, dass A die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten (Art. 4 ff. GwG), die Meldepflicht (Art. 9 GwG) sowie die Anforderungen an die Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) schwer verletzt hatte.

**Massnahmen:** Berufsverbot von zwei Jahren (Art. 33 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-4827/2017

### 6

**Date de la décision:** 30.6.2017

**Partie:** Banque X

**Sujet:** Obligations de diligence en matière de lutte contre le blanchiment d'argent

**Résumé:** La FINMA a procédé à un examen approfondi de la conduite, par la banque X, de plusieurs relations liées à une affaire de corruption internationale présumée et a constaté, dans ce contexte, de graves violations des obligations de diligence en matière de lutte contre le blanchiment d'argent (art. 3 ss LBA). La procédure a révélé que la banque X n'avait pas suffisamment identifié ou surveillé les risques accrus de blanchiment d'argent présentés par certaines relations liées à cette affaire. Concrètement, la banque X s'est satisfaite, dans le suivi de ces relations, d'informations parfois incomplètes ou incohérentes de la part de ses clients, sans les clarifier de manière approfondie ou les documenter. Par ailleurs, certaines alertes générées par le système indiquant des risques accrus ont été closes sur la base d'informations insuffisantes et certains renseignements communiqués par les clients ont été considérés comme plausibles sans autres clarifications.

**Mesures:** Décision en constatation (art. 32 LFINMA); nomination d'un chargé d'audit (art. 24a LFINMA).

**Entrée en force:** La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

**Communiqué de presse de la FINMA du 21.12.2017**

### 7

**Date de la décision:** 1.9.2017

**Partie:** Gestionnaire de placements collectifs X

**Sujet:** Devoirs de loyauté et de diligence, garantie d'une activité irréprochable

**Résumé:** Autorisée en tant que gestionnaire de placements collectifs, X pratiquait un modèle d'affaires spécifique consistant à créer ou à mettre à la disposition d'investisseurs qualifiés des fonds dédiés, ainsi qu'à investir massivement dans un seul titre, le tout en échange de frais de gestion très élevés. Dans les faits, X n'offrait pas de réelle gestion des avoirs de ses clients puisqu'elle se contentait de suivre très largement les instructions que lui transmettait un de ses apporteurs d'affaires, qui s'avérait en outre parallèlement représenter, en sa qualité de gestionnaire de fortune, les clients de X. Un tel modèle est contraire aux obligations de loyauté et de diligence sur lesquelles se fonde la gestion de fortune (art. 20 LPCC). Par ailleurs, en ne pratiquant pas de gestion au sens de son autorisation, X en a ainsi abusé. De tels manquements sont incompatibles avec la garantie d'une activité irréprochable posée à l'art. 14 al. 1 let. a LPCC. Au vu de la gravité des faits, la renonciation à son autorisation en cours de procédure n'a pas évité à X le prononcé de mesures.

**Mesures:** Décision en constatation (art. 32 LFINMA); confiscation à hauteur d'environ 500 000 francs suisses (art. 35 LFINMA).

**Entrée en force:** Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral; procédure de recours TAF B-5668/2017.

### 8

**Entscheiddatum:** 22.9.2017

**Partei:** Bank X

**Thema:** Missstände im Kreditwesen, Gewährs- und Organisationserfordernis

**Zusammenfassung:** Die Bank X hat über Jahre hinweg systematisch und in Beeinträchtigung der Anleger- und Gläubigerinteressen gegen grundlegende Regeln des Kreditgeschäfts verstossen, dazu ihre Pflicht zur Einhaltung der Eigenmittel- und Risikoverteilungsvorschriften verletzt und sich mehrfach aktiv und ohne Vornahme der notwendigen Abklärungen an potenziell strafbaren Geschäften beteiligt, bei denen Aktiengesellschaften nach einem bei Gründungsschwindeln verwendeten Muster gegründet wurden. Die festgestellten Verfehlungen wurden dadurch begünstigt, dass die Bank schwerwiegende Interessenkonflikte unadressiert liess und allgemein eine ungenügende Compliance-Kultur herrschte. Die FINMA sah im Ergebnis die bankengesetzlichen Anforderungen an eine angemessene Verwaltungsorganisation (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG) sowie das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) in schwerer Weise verletzt. Ein Bewilligungsentzug wurde seitens der FINMA erwogen, angesichts weitreichender organisatorischer, operativer und personeller Massnahmen des Instituts sowie weiterer von der FINMA angeordneter Massnahmen konnte aber davon abgesehen werden.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Androhung des Bewilligungsentzugs im Wiederholungsfall (Art. 37 FINMAG); Anordnung zusätzlicher organisatorischer Massnahmen (Art. 31 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-6099/2017

### 9

**Date de la décision:** 22.9.2017

**Parties:** Groupe financier X et banque X

**Sujet:** Surveillance consolidée, exigences en matière d'organisation interne et de gestion des risques, obligations de diligence en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, garantie d'une activité irréprochable

**Résumé:** Le groupe financier X est la société faitière d'un groupe actif tant en Suisse qu'à l'étranger, composé notamment de la banque X sise en Suisse. Elle-même à la tête d'un sous-groupe, celle-ci a vu l'une de ses filiales étrangères sanctionnée par l'autorité de surveillance compétente en raison du non-respect de la réglementation locale de lutte contre le blanchiment d'argent. Compétente pour exercer la surveillance consolidée du groupe financier X et surveillant local de la banque X, la FINMA a ouvert une procédure administrative à leur rencontre. A son issue, elle a constaté que la surveillance consolidée en matière de gestion des risques et de lutte contre le blanchiment d'argent n'était pas adéquate et efficace, au regard notamment des graves lacunes en matière de remontée d'informations, d'identification et de gestion des risques et de suivi des recommandations émises par l'audit interne. Sur cette base, la FINMA a constaté que le groupe financier X aussi bien que la banque X ne disposaient pas d'une organisation consolidée adéquate en matière de gestion des risques et de lutte contre le blanchiment d'argent en violation des art. 3 al. 2 let. a, 3f al. 2 LB, 12 al. 2 et 4 OB, 5 et 6 OBA-FINMA et de la Circ.-FINMA 08/24. Le groupe financier X et la banque X ne satisfaisaient ainsi pas à l'exigence de garantie d'une activité irréprochable des art. 3 al. 2 let. c, 3f al. 1 LB, 24 let. d OB et 9 al. 1 OBA-FINMA.

**Mesures:** Décision en constatation (art. 32 LFINMA); nomination d'un chargé d'audit indépendant (art. 24a LFINMA).

**Entrée en force:** La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

### 10

**Entscheiddatum:** 1.12.2017

**Partei:** A (Mitarbeiter im Kader)

**Thema:** aufsichtsrechtliche Pflichten bei der Bekämpfung der Geldwäscherei, Gewährserfordernis

**Zusammenfassung:** A war als General Counsel oberster Compliance-Verantwortlicher bei der Bank X. Über deren Konten wurden Gelder transferiert, die mutmasslich krimineller Herkunft waren. In seiner Rolle als General Counsel war A aktiv in die entsprechenden Compliance-Abklärungen involviert und kanalisierte die damit verbundenen Informationen. Hinsichtlich der Transaktionen bestanden bankintern und insbesondere auch von Compliance grosse Bedenken, die letztlich durch die vorgenommenen Abklärungen nicht entkräftet werden konnten, womit eine Meldepflicht vorlag. Trotz der ihm bekannten, klaren Warnzeichen (u.a. Verschleierung des wirtschaftlich Berechtigten, mutmasslich gefälschte Dokumente, ökonomisch unsinniges Verhalten usw.) sprach sich A nicht gegen die Transaktionen aus und veranlasste auch keine Meldung an die Behörden. Obwohl er nicht Mitglied der Geschäftsleitung war, qualifizierte A aufgrund seiner Funktion und seiner Verantwortung im konkreten Fall als Gewährsträger. Die FINMA kam zum Schluss, dass A seine geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten (Art. 3 ff. GwG), die Meldepflicht (Art. 9 GwG) sowie das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) schwer verletzt hatte.

**Massnahmen:** Berufsverbot für die Dauer von zwei Jahren (Art. 33 FINMAG).

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-488/2018

### 11

**Date de la décision:** 1.12.2017

**Partie:** Banque X

**Sujet:** Obligations de diligence en matière de lutte contre le blanchiment d'argent, exigences en matière d'organisation interne et de gestion des risques, garantie d'une activité irréprochable

**Résumé:** Suite à la médiatisation d'une affaire de manipulation de marché à caractère international, la FINMA a ordonné l'examen de plusieurs relations d'affaires conduites au sein de la banque X, sous l'angle des obligations de diligence en matière de lutte contre le blanchiment d'argent. L'enquête a révélé de nombreuses violations, en particulier au niveau des devoirs d'identification des ayants droit économiques, de clarification des relations d'affaires à risques accrus, d'identification et de clarification de transactions présentant des risques accrus ainsi qu'en matière de documentation. Par ailleurs, des manquements ont également été constatés au niveau de l'organisation interne et de la gestion des risques, notamment dans le cadre de l'activité de crédit menée par la banque X, (art. 3 al. 2 let. a LB, 12 OB et 9 aOB). Au vu de ces graves violations du droit de la surveillance, la FINMA a constaté que la banque X ne disposait pas de la garantie d'une activité irréprochable au moment de la survenance des faits (art. 3 al. 2 let. c LB).

**Mesures:** Décision en constatation (art. 32 LFINMA); avertissement d'un retrait d'autorisation en cas de nouvelles violations graves (art. 37 LFINMA); mesures organisationnelles et opérationnelles en rétablissement de l'ordre légal (art. 31 LFINMA).

**Entrée en force:** La décision est entrée en force sans faire l'objet d'un recours.

## Marktaufsicht

### 12

**Entscheiddatum:** 20.6.2017

**Partei:** X AG

**Thema:** Marktmanipulation

**Zusammenfassung:** Im Jahr 2015 hatte die FINMA die Liquidation der X AG wegen unerlaubter Tätigkeit als Effektenhändlerin (Eigenhändlerin) angeordnet. Im Rahmen dieser unerlaubten Tätigkeit betrieb die X AG über ihre drei Händler mindestens von Januar 2011 bis März 2015 systematisch Marktmanipulation. Die Händler wendeten dabei eine Handelsstrategie an, die darin bestand, markt bewegende Aufträge ins börsliche Orderbuch eines Basiswerts einzugeben mit dem Zweck, Effektenpreise zu verzerren (Spoofing, Layering) und davon meistens in davon abgeleiteten Derivaten zu profitieren. Dabei waren sie systematisch im Zeitpunkt des Derivatekaufs bzw. -verkaufs auf der gegenüberliegenden Seite im Basiswert mit grossvolumigen und dominanten Aufträgen aktiv. Diese Aufträge wurden mehrheitlich nie ausgeführt und sollten auch nicht ausgeführt werden. Solche Auftragsüberhänge haben keinen wirtschaftlichen Hintergrund und sind als irreführende Signale zu qualifizieren. Mit diesem Verhalten erwirtschaftete die X AG von Januar 2011 bis März 2015 Gewinne von etwas weniger als CHF 20 Mio. Die FINMA kam zum Schluss, dass die X AG über mehrere Jahre hinweg systematisch Art. 33f aBEHG und FINMA-RS 13/8 verletzt hatte. Mangels Weiterbestands der Gesellschaft ordnete die FINMA lediglich die Einziehung des Liquidationserlöses aus dem Liquidationsverfahren an.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang des Liquidationserlöses (Art. 35 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-4762/2017

**Medienmitteilung der FINMA vom 23.6.2017**

13

**Entscheiddatum:** 20.6.2017

**Partei:** natürliche Person A

**Thema:** Marktmanipulation

**Zusammenfassung:** Die natürliche Person A ist Alleinaktionär und einziger Verwaltungsrat der X AG (siehe Fall 12) und zudem als Leiter Handel und Mitglied der Geschäftsleitung bei der Gesellschaft angestellt. In dieser Eigenschaft betrieb sie mindestens von Januar 2011 bis März 2015 systematisch Marktmanipulation. Dabei wendete sie eine Handelsstrategie an, die darin bestand, marktbewegende Aufträge ins börsliche Orderbuch eines Basiswerts einzugeben mit dem Zweck, Effektenpreise zu verzerren (Spoofing, Layering) und davon meistens in davon abgeleiteten Derivaten zu profitieren. Dabei war sie systematisch im Zeitpunkt des Derivatekaufs bzw. -verkaufs auf der gegenüberliegenden Seite im Basiswert mit grossvolumigen und dominanten Aufträgen aktiv. Diese Aufträge wurden mehrheitlich nie ausgeführt und sollten auch nicht ausgeführt werden. Solche Auftragsüberhänge haben keinen wirtschaftlichen Hintergrund und sind als irreführende Signale zu qualifizieren. Mit diesem Verhalten erwirtschaftete die natürliche Person A für die X AG Gewinne in Millionenhöhe. An diesen war sie mittels als Boni bezeichneter Vergütungen sowie Dividenden beteiligt. Zuvor hatte die natürliche Person A ihr marktmissbräuchliches Verhalten bei einem bewilligten Institut als angestellter Händler ausgeübt. Die FINMA kam zum Schluss, dass die natürliche Person A über mehrere Jahre hinweg systematisch Art. 33f aBEHG und FINMA-RS 13/8 sowie FINMA-RS 08/38 schwer verletzt hatte und in hohem Masse dafür mitverantwortlich war, dass das bewilligte Institut das Gewährserfordernis schwer verletzt hatte (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG).

**Massnahmen:** Tätigkeitsverbot für die Dauer von acht Jahren (Art. 35a BEHG); Berufsverbot für die Dauer von fünf Jahren (Art. 33 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang von rund CHF 200'000.– und allfälliger der natürlichen Person A im Rahmen des Liquidationsverfahrens der X AG zugesprochener Dividenden (Art. 35 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-4757/2017

**Medienmitteilung der FINMA vom 23.6.2017**

### 14

**Entscheiddatum:** 20.6.2017

**Partei:** natürliche Person B

**Thema:** Marktmanipulation

**Zusammenfassung:** Die natürliche Person B war bei der X AG als Händler sowie Geschäftsführer und Mitglied der Geschäftsleitung angestellt (siehe Fall 12). In dieser Eigenschaft betrieb sie ab April 2011 während rund vier Jahren systematisch Marktmanipulation. Dabei wendete sie eine Handelsstrategie an, die darin bestand, marktbeeinflussende Aufträge ins börsliche Orderbuch eines Basiswerts einzugeben mit dem Zweck, Effektenpreise zu verzerren (Spoofing, Layering) und davon meistens in davon abgeleiteten Derivaten zu profitieren. Dabei war sie systematisch im Zeitpunkt des Derivatekaufs bzw. -verkaufs auf der gegenüberliegenden Seite im Basiswert mit grossvolumigen und dominanten Aufträgen aktiv. Diese Aufträge wurden mehrheitlich nie ausgeführt und sollten auch nicht ausgeführt werden. Solche Auftragsüberhänge haben keinen wirtschaftlichen Hintergrund und sind als irreführende Signale zu qualifizieren. Mit diesem Verhalten erwirtschaftete die natürliche Person B für die X AG Gewinne in Millionenhöhe. Die FINMA kam zum Schluss, dass die natürliche Person B über mehrere Jahre hinweg systematisch Art. 33f aBEHG und FINMA-RS 13/8 schwer verletzt hatte.

**Massnahmen:** Tätigkeitsverbot für die Dauer von sechs Jahren (Art. 35a BEHG); Berufsverbot für die Dauer von vier Jahren (Art. 33 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-4672/2017

**Medienmitteilung der FINMA vom 23.6.2017**

### 15

**Entscheiddatum:** 20.6.2017

**Partei:** natürliche Person C

**Thema:** Marktmanipulation

**Zusammenfassung:** Die natürliche Person C war bei der X AG als Händler angestellt (siehe Fall 12). In dieser Eigenschaft betrieb sie ab September 2012 während rund zweieinhalb Jahren systematisch Marktmanipulation. Dabei wendete sie eine Handelsstrategie an, die darin bestand, marktbeeinflussende Aufträge ins börsliche Orderbuch eines Basiswerts einzugeben mit dem Zweck, Effektenpreise zu verzerren (Spoofing, Layering) und davon meistens in davon abgeleiteten Derivaten zu profitieren. Dabei war sie systematisch im Zeitpunkt des Derivatekaufs bzw. -verkaufs auf der gegenüberliegenden Seite im Basiswert mit grossvolumigen und dominanten Aufträgen aktiv. Diese Aufträge wurden mehrheitlich nie ausgeführt und sollten auch nicht ausgeführt werden. Solche Auftragsüberhänge haben keinen wirtschaftlichen Hintergrund und sind als irreführende Signale zu qualifizieren. Mit diesem Verhalten erwirtschaftete die natürliche Person C für die X AG Gewinne in Millionenhöhe. Die FINMA kam zum Schluss, dass die natürliche Person C über mehrere Jahre hinweg systematisch Art. 33f aBEHG und FINMA-RS 13/8 schwer verletzt hatte.

**Massnahmen:** Tätigkeitsverbot für die Dauer von sechs Jahren (Art. 35a BEHG); Berufsverbot für die Dauer von vier Jahren (Art. 33 FINMAG)

**Rechtskraft:** Auf eine von C erhobene Beschwerde ist das Bundesverwaltungsgericht nicht eingetreten, vgl. Urteil BVGer B-4730/2017 vom 13.12.2017.

**Medienmitteilung der FINMA vom 23.6.2017**

### 16

**Entscheiddatum:** 20.6.2017

**Parteien:** natürliche Person A, X AG sowie Y Stiftung

**Thema:** Ausnützen von Insiderinformationen (Art. 142 FinfraG bzw. Art. 33e aBEHG)

**Zusammenfassung:** A hat über mehrere Jahre sowohl in eigenem Namen wie auch im Namen der von ihm kontrollierten X AG regelmässig Informationen, von denen er wusste oder wissen musste, dass es sich dabei um Insiderinformationen handelte, zum Handel mit Aktien und Derivaten von in der Schweiz kotierten Gesellschaften ausgenützt. Die entsprechende Information erhielt er einerseits als Organ von Gesellschaften, mit deren Effekten er handelte, und andererseits aufgrund eines Beratervertrages mit einer im Übernahme-geschäft spezialisierten Gesellschaft.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Gewinneinziehung im Umfang von rund CHF 1,4 Mio. (Art. 35 FINMAG); Einstellung des Verfahrens gegenüber der Y Stiftung

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde von A und der X AG angefochten; Beschwerdeverfahren BVGer B-4763/2017.

**Medienmitteilung der FINMA vom 23.6.2017**

## Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

### 17

**Entscheiddatum:** 2.2.2017

**Parteien:** X Genossenschaft, Y AG, Z AG, natürliche Personen A, B, C und D

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen sowie unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe

**Zusammenfassung:** Die X Genossenschaft und die Y AG nahmen von über 500 Personen Darlehen in einem Gesamtbetrag in Millionenhöhe entgegen. Die X Genossenschaft, die Y AG sowie die Z AG bewarben diese Tätigkeit über ihre Internetauftritte und mittels E-Mail-Versand. Der Ausnahmetatbestand betreffend Einlagen bei Genossenschaften gemäss Art. 5 Abs. 3 Bst. f BankV war aufgrund der Tätigkeit im Finanzbereich nicht gegeben. Folglich lag eine unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen vor. Darüber hinaus bot die Y AG über E-Mails Aktien einer noch zu gründenden AG zum Kauf an. Der Verkauf dieser Aktien war die hauptsächliche Geschäftstätigkeit der Y AG. Damit übte sie eine unerlaubte Emissionshaustätigkeit ohne Bewilligung (Art. 10 BEHG) aus. Die Z AG unterstützte die Tätigkeiten der X Genossenschaft und Y AG und finanzierte sich im Wesentlichen über die durch die X Genossenschaft sowie der Y AG entgegengenommenen Gelder. Die engen wirtschaftlichen, organisatorischen und personellen Verflechtungen liessen die Parteien als Gruppe erscheinen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeiten waren A, B, C und D als Mitglieder der Verwaltung der X Genossenschaft verantwortlich. A war zudem alleiniger Verwaltungsrat bei der Y AG und der Z AG. Über die X Genossenschaft, die Y AG sowie die Z AG wurde noch vor Abschluss des aufsichtsrechtlichen Verfahrens seitens des zivilen Konkursgerichts der Konkurs eröffnet.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Unterlassungsanweisung gegen B, C und D ohne Publikation sowie gegen A mit Publikation für die Dauer von fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde seitens der X Genossenschaft, der Y AG, der Z AG sowie A nicht angefochten und ist ihnen gegenüber rechtskräftig. Gegenüber B, C und D ist die Verfügung nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-1568/2017.

**Entscheiddatum:** 24.2.2017

**Parteien:** X AG, natürliche Personen A und B

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG hat von mindestens 26 Privatpersonen Darlehen zu einem Gesamtbetrag in sechsstelliger Höhe erhalten und dazu auch Vermittler eingesetzt. Die X AG hat damit gewerbsmässig Publikums-einlagen entgegengenommen, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit waren A und B als Mitglieder des Verwaltungsrats der X AG massgeblich verantwortlich. Die X AG wie auch A und B kamen zudem ihren Auskunftspflichten nur mangelhaft nach (Art. 29 FINMAG).

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von je fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

19

**Entscheiddatum:** 2.3.2017

**Partei:** natürliche Person A

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG verkaufte in eigenem Namen und unter Einschaltung einer Vermittlerin Wandelanleihen der Y AG an Dritte, ohne die gesetzliche Prospektpflicht für die Anleihen zu erfüllen. Auf diese Weise nahmen die Gesellschaften als Gruppe einen Gesamtbetrag in sechsstelliger Höhe entgegen. Nachdem über die Gesellschaften bereits vorgängig der Konkurs eröffnet und diese aus den Handelsregistern gelöscht worden waren, stellte die FINMA fest, dass A aufgrund seiner massgeblichen Beiträge im Rahmen seiner faktischen und formellen Organfunktionen bei den besagten Gesellschaften das aufsichtsrechtliche Verbot der Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) schwer verletzte.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von fünf Jahren (Art. 34 FINMAG).

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

20

**Entscheiddatum:** 2.3.2017

**Partei:** natürliche Person B

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG verkaufte in eigenem Namen und unter Einschaltung einer Vermittlerin Wandelanleihen der Y AG an Dritte, ohne die gesetzliche Prospektpflicht für die Anleihen zu erfüllen. Auf diese Weise nahmen die Gesellschaften als Gruppe einen Gesamtbetrag in sechsstelliger Höhe entgegen (siehe Fall 19). Nachdem über die Gesellschaften bereits vorgängig der Konkurs eröffnet und diese aus den Handelsregistern gelöscht worden waren, stellte die FINMA fest, dass B aufgrund seiner massgeblichen Beiträge im Rahmen seiner faktischen und formellen Organfunktionen bei den besagten Gesellschaften das aufsichtsrechtliche Verbot der Entgegennahme von Publikumseinlagen ohne Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) schwer verletzte.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen B für die Dauer von fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Auf die von B erhobene Beschwerde ist das Bundesverwaltungsgericht nicht eingetreten, vgl. Urteil BVGer B-2005/2017 vom 31.10.2017.

### 21

**Entscheiddatum:** 16.3.2017

**Partei:** natürliche Person A

**Thema:** unerlaubte Emissionshaustätigkeit als Gruppe

**Zusammenfassung:** B übernahm als Verwaltungsrätin und Geschäftsführerin grosse Mengen an Aktien einer Gesellschaft. Durch den Einsatz von diversen Vermittlern verkauften sowohl B in eigenem Namen als auch A, diese jedoch treuhänderisch für B, diese Aktien mittels «cold calls» erstmals auf dem Primärmarkt an über 100 Personen. A und B übten damit als Gruppe eine bewilligungspflichtige Effektenhändlerstätigkeit ohne die erforderliche Bewilligung aus (Art. 10 BEHG).

**Massnahmen:** Publikation einer Unterlassungsanweisung für die Dauer von zwei Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-2579/2017

### 22

**Entscheiddatum:** 23.3.2017

**Partei:** X AG

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen

**Zusammenfassung:** Der Geschäftszweck der X AG bzw. deren ausländischer Tochtergesellschaften bestand insbesondere in der Projektierung, dem Bau und dem Betrieb von Windenergieprojekten. Zwecks Finanzierung ihres Geschäftsmodells nahm die X AG insbesondere Darlehen von zahlreichen Investoren entgegen und gab Anleihen aus. Zur Investorenakquise setzte sie verschiedene Vermittler ein. Die X AG liess die Anleihen insbesondere nach Ablauf der Zeichnungsfrist zeichnen, belastete den vorgesehenen Marchzins nicht und gewährte Discounts auf der Einzahlung, womit es an der erforderlichen Einheitlichkeit gemäss Definition einer Anleiheobligation fehlte. Der von der X AG an die Anleger ausgegebene Prospekt wies überdies nicht den erforderlichen Informationsgehalt gemäss Art. 1156 Abs. 2 OR und Art. 652a Abs. 1 OR auf. Insbesondere wurde der Revisionsbericht nicht von einer ordentlichen Revisionsgesellschaft gemäss Art. 727b Abs. 1 OR erstellt, und der Prospekt enthielt nicht sämtliche für einen fundierten Anlageentscheid erforderlichen Informationen. Eine Ausnahme von einer unterstellungspflichtigen Entgegennahme von Publikumseinlagen nach Art. 5 Abs. 3 Bst. b BankV lag damit nicht vor. Sämtlichen Verbindlichkeiten kam demnach Einlagencharakter zu. Die X AG hat ohne Bewilligung gewerbmässig Publikumseinlagen entgegengenommen (Art. 1 Abs. 2 BankG). Sie stellte jedoch im Sinne von Art. 31 FINMAG unverzüglich den ordnungsgemässen Zustand wieder her und hielt die Anleger vollumfänglich schadlos.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Unterlassungsanweisung gegen die X AG bzw. deren Organe ohne Publikation; Androhung der Liquidation im Wiederholungsfall

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

23

**Entscheiddatum:** 11.5.2017

**Partei:** natürliche Person A

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** A bot über seinen Webauftritt einem offenen Anlegerkreis Pflanzensetzlinge zum Kauf mit dem Versprechen an, diese im Ausland anzupflanzen und die Investoren anteilmässig am Ernteertrag zu beteiligen. Den Anlegern wurde dabei eine jährliche Rendite von durchschnittlich über 15 Prozentin Aussicht gestellt. In Anbetracht der Gesamtumstände kam die FINMA zum Schluss, dass mit dem abgeschlossenen Geschäft kein eigentlicher Vertrag auf die Übertragung von Eigentum erfolgte, sondern dessen Zweck vielmehr demjenigen bei der Gewährung eines verzinslichen Darlehens entsprach. In der Folge stellte die FINMA fest, dass A gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hatte, ohne über die notwendige Bewilligung zu verfügen (Art. 1 Abs. 2 BankG), womit er aufsichtsrechtliche Bestimmungen schwer verletzte.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

24

**Entscheiddatum:** 13.7.2017

**Parteien:** X Ltd., X Ltd. Zweigniederlassung Schweiz, natürliche Person A

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen.

**Zusammenfassung:** Geschäftsführer A nahm im Namen der X Ltd. von über 350 Privatpersonen Gelder im Gesamtbetrag von über CHF 750 000.– über private Konten in der Schweiz entgegen und versprach diesen eine Erfolg sversprechende Anlage mit (teils fixen) Renditen sowie die jederzeitige Rückzahlung ihrer Investitionen. Die X Ltd. eröffnete in der Schweiz eine Geschäftslokalität, wo sich auch der tatsächliche Ort der Leitung befand. Damit hat die X Ltd. über eine Zweigniederlassung gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit war A massgeblich verantwortlich. Die X Ltd und A kamen ihren Auskunftspflichten nur mangelhaft nach (Art. 29 FINMAG).

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Eintragung der faktischen Zweigniederlassung im Handelsregister (Art. 1 Abs. 2 ABV-FINMA); Liquidation und Konkureröffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von fünf Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### 25

**Entscheiddatum:** 20.7.2017

**Parteien:** X AG, natürliche Personen A, B, C und D

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG bot ihren Kunden ein Investitionsvehikel mit mehrjährigem Anlagehorizont an, bei dem Kundengelder in den Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Südostasien angelegt wurden. Wesentliches Merkmal dieses Modells war der Umstand, dass die Kapitalrückzahlung nicht am Ende der Vertragslaufzeit, sondern gestaffelt über mehrere Jahre – jeweils anlässlich der Auszahlung des Ernteerlöses – erfolgte. Die periodischen Auszahlungen an die Kunden wiesen sowohl eine Kapitalrückzahlungs- als auch eine Renditekomponente auf, womit den getätigten Investitionen Einlagecharakter zukam. Beim von der X AG konzipierten Vertragskonstrukt – bestehend aus kauf-, pacht- und dienstleistungsrechtlichen Bestimmungen – war ungeachtet seiner Namensgebung von einer zivilrechtlichen Rechtsgestaltung zwecks Umgehung aufsichtsrechtlicher Vorschriften über bankengesetzliche Bewilligungsvorschriften auszugehen. Dementsprechend kam vorliegend die Ausnahmebestimmung zum Verbot der Entgegennahme von Publikumseinlagen betreffend Verträge auf die Übertragung von Eigentum (Art. 5 Abs. 3 Bst. a BankV bzw. Art. 3a Abs. 3 Bst. a aBankV) nicht zum Tragen. Die FINMA stellte fest, dass die X AG ohne Bewilligung gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hatte (Art. 1 Abs. 2 BankG). A, B, C und D leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit der Gesellschaft.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A, B und C für die Dauer von vier Jahren und gegen D für die Dauer von drei Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Eine gegen die Verfügung erhobene Beschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht gutgeheissen, vgl. Urteil BVGer B-4772/2017 vom 19.12.2017.

26

**Entscheiddatum:** 27.7.2017

**Parteien:** X PLC, X PLC ZN, Y AG, natürliche Personen A, B und C

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die ausländische X PLC (zeitweise handelnd durch eine formell eingetragene Zweigniederlassung) gab im Jahr 2016 von der Schweiz aus Anleihen für rund CHF 1 Mio. aus. Da diese nicht als Anleiheobligationen per definitionem galten und die Gläubiger auch nicht in einem Art. 1156 OR entsprechenden Umfange informiert wurden, fand der Ausnahmetatbestand von Art. 5 Abs. 3 Bst. b BankV keine Anwendung. Aufgrund der engen personellen, geschäftlichen, finanziellen und organisatorischen Verflechtungen zwischen der X PLC bzw. deren Zweigniederlassung sowie der Y AG wurden diese aufsichtsrechtlich als Gruppe betrachtet, die gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hat, ohne über die dafür erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. Für die Ausübung der unterstellungspflichtigen Tätigkeit waren A und B sowie in vergleichsweise geringerem Ausmass C massgeblich verantwortlich.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkursöffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von vier und gegen C für die Dauer von zwei Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

27

**Entscheiddatum:** 25.8.2017

**Parteien:** X AG, Y AG, Z AG

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die X AG, die Y AG und die Z AG boten den Erwerb von Gutscheinen an. Mit dem Kauf eines Gutscheins erwarb der Käufer ein virtuelles Guthaben, das zum künftigen Bezug von Waren eingesetzt werden konnte. Zwar gelten Gelder, die in geringem Umfang einem Zahlungsmittel oder Zahlungssystem (Bezahlkarten, Internetbezahlmöglichkeiten, Mobiltelefonbezahlsysteme usw.) zugeführt werden, unter den gegebenen Voraussetzungen nicht als Einlagen (Art. 5 Abs. 3 Bst. d BankV). Die Voraussetzung der Geringfügigkeit bedingt jedoch, dass das maximale Guthaben pro Kunde nie mehr als CHF 3000.– beträgt (FINMA-RS 08/3, Rz. 18<sup>bis</sup>). Die Abklärungen ergaben, dass diese Schwelle bei einigen Käufern überschritten wurde und bei den Gesellschaften kein Kontrollsystem bestand, das deren Einhaltung überprüfte und eine Überschreitung verhinderte. Der Verkauf der Gutscheine wurde zwischenzeitlich eingestellt.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Unterlassungsanweisung gegen X AG, Y AG und Z AG ohne Publikation

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-5473/2017

### 28

**Entscheiddatum:** 7.9.2017

**Parteien:** X S.A., Y Ltd., Z AG in Liquidation, natürliche Person A

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Die ausländische X S.A. verfügte als Holdinggesellschaft bis zu deren Verkauf im Jahr 2015 über eine Schweizer Tochtergesellschaft, die Z AG in Liquidation. Die X S.A. beschaffte die für die Investitionen in Entwicklung und Bau von Projekten notwendigen Mittel u.a. durch die Entgegennahme von festverzinslichen Darlehen von privaten Anlegern. Zwischen 2012 und 2014 nahm die X S.A. von mehr als 20 grösstenteils aus der Schweiz stammenden Anlegern Darlehen im Gesamtbetrag von mehreren 100'000 Franken entgegen. Die Darlehensverträge sahen die Rückzahlung nebst Zins nach vereinbarter Laufzeit vor, womit es sich um Investitionen mit Einlagecharakter handelte. Zudem warb die X S.A. über ansässige Vermittler öffentlich für ihre Anlagen. Die FINMA kam zum Schluss, dass die X S.A. gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegennahm, ohne über die erforderliche Bewilligung (Art. 1 Abs. 2 BankG) zu verfügen. A als zeichnungsberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrats der X S.A. und von deren (im Verfügungszeitpunkt bereits aus dem Handelsregister gelöscht) Tochtergesellschaft Z AG in Liquidation war dabei hauptverantwortlich für deren Geschäftstätigkeiten.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Einstellung bzw. Abschreibung des Verfahrens gegenüber der Y Ltd. und der Z AG in Liquidation; Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A für die Dauer von zwei Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** nicht rechtskräftig; Beschwerdeverfahren BVGer B-5737/2017

### 29

**Entscheiddatum:** 8.9.2017

**Parteien:** Verein X, Y AG, Z AG, natürliche Personen A, B, C und D

**Thema:** unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen

**Zusammenfassung:** Der Verein X, die Y AG und die Z AG stellten eine Internetplattform zur Verfügung, mit der interessierte Nutzer eine angebliche Kryptowährung erwerben, verkaufen oder transferieren konnten. Diese war nach der Darstellung der Initianten dezentral, vollständig transparent und im Gegensatz zu den meisten anderen Kryptowährungen durch tangible Werte wie Edelmetalle unterlegt. Gemäss Beschrieb sollten insgesamt 80 % des Ausgabewertes in Form von tangiblen Werten wie Edelmetallen (hauptsächlich Silber und Gold) und stabilen Währungen (hauptsächlich EUR, USD und CHF) in einem unabhängigen Wertekorb hinterlegt werden. Der Verein X, die Y AG und die Z AG nahmen in den Jahren 2016/2017 von mehreren 100 Nutzern Gelder im Umfang von mindestens CHF 4 Mio. entgegen. Die von den Nutzern einbezahlten Gelder wurden diesen auf virtuellen Konten gutgeschrieben, wobei eine Rückzahlungsverpflichtung zulasten der ausgebenden Gruppe bestand. Die Zuweisungen an die Nutzer erfolgten aber lediglich buchhalterisch, d.h. die Gelder verblieben realiter auf den Bankkonten der ausgebenden Gruppe und wurden damit gepoolt. Die Kursentwicklung der angeblichen Kryptowährung war wirtschaftlich nicht nachvollziehbar, zumal die von der ausgebenden Gruppe suggerierte Substanz- respektive Sachwertunterlegung nicht im erforderlichen Umfang bestand. Eine Überprüfung der technischen Gegebenheiten ergab zudem, dass seitens der Verantwortlichen in die Preisbildung eingegriffen und der Kurs beliebig manipuliert werden konnte, womit vorliegend auch keine echte Kryptowährung bestanden hat. Die FINMA stellte fest, dass der Verein X, die Y AG und die Z AG als Gruppe

ohne Bewilligung gewerbsmässig Publikumseinlagen entgegengenommen hatten. A, B, C und D leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit der Gesellschaft.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkureröffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 33 Abs. 1 BankG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von fünf Jahren, gegen C für die Dauer von drei Jahren und gegen D für die Dauer von zwei Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung ist gegenüber dem Verein X, der Y AG und der Z AG in Rechtskraft erwachsen. Die Verfügung wurde von A, B, und C angefochten; Beschwerdeverfahren BVGer B-5769/2017, vgl. betreffend B den Abschreibungsentscheid BVGer B-5780/2017 vom 11.12.2017.

**Medienmitteilung der FINMA vom 17.9.2017**

30

**Entscheiddatum:** 5.10.2017

**Parteien:** X AG, natürliche Personen A, B und C

**Thema:** unerlaubte Emissionshaustätigkeit

**Zusammenfassung:** Die X AG verkaufte ab dem Jahr 2016 in grossem Umfang Aktien der Y AG an private Investoren, die sie zuvor von dieser übernommen hatte. Der Aktienvertrieb stellte die einzige Geschäftstätigkeit und Einnahmequelle der X AG dar. Die Gesellschaft verfügte nur über eine einzige Mitarbeiterin in der Schweiz, die als deren Organ fungierte. Zudem setzte sie Vermittler im Ausland ein, die die Investoren mittels «cold calls» anwarben und dafür mit Provisionen entschädigt wurden. Gleichzeitig gaben sie den Interessenten auch Informationsmaterialien ab, worin die Y AG als vielversprechende Investition angepriesen wurde, deren Aktien kurz vor einer Börsenkotierung stehen würden. Tatsächlich konnte in der Untersuchung keine reale Geschäftstätigkeit der Y AG festgestellt werden. Die mit dem Aktienvertrieb erzielten Einnahmen wurden in der Regel umgehend an die ausländischen Vermittler sowie an die (faktischen) Organe der X AG bzw. an von diesen beherrschten Gesellschaften im Ausland abgeführt. Die FINMA stellte in der Folge fest, dass die X AG ohne Bewilligung gewerbsmässig den Effektenhandel betrieben hatte (Art. 10 BEHG). A, B und C leisteten massgebliche Beiträge an die unerlaubte Tätigkeit der Gesellschaft.

**Massnahmen:** Feststellung (Art. 32 FINMAG); Liquidation und Konkureröffnung (Art. 37 FINMAG i.V.m. Art. 36 BEHG); Publikation einer Unterlassungsanweisung gegen A und B für die Dauer von fünf Jahren und gegen C für die Dauer von zwei Jahren (Art. 34 FINMAG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

### Übernahme und Offenlegung

22

Kasustik FINMA  
FINMA | Enforcementbericht 2017

31

**Entscheiddatum:** 2.2.2017

**Beschwerdeführer:** W AG, X AG, Y AG, Z GmbH, natürliche Personen A, B, C, D und E

**Thema:** Beschwerde gegen eine Verfügung der Übernahmekommission; Gebühren für «andere Entscheide» in Verfahren in Übernahmesachen (Art. 126 Abs. 5 FinfraG; Art. 118 Abs. 2 FinfraV)

**Zusammenfassung:** Die Beschwerdeführer hatten bei der Übernahmekommission (UEK; Vorinstanz) ein Gesuch um Befreiung von der Angebotspflicht eingereicht. Nach Einreichung des Gesuchs beschloss die Zielgesellschaft anlässlich der ausserordentlichen Generalversammlung der Zielgesellschaft ein «Opting out». In ihrer Verfügung stellte die UEK dessen übernahmerechtliche Gültigkeit fest, schrieb das Ausnahmegesuch als gegenstandslos ab und auferlegte den späteren Beschwerdeführern Gebühren im oberen Bereich des Rahmens. Im Kostenpunkt haben die Beschwerdeführer Beschwerde an die FINMA erhoben. Sie führten aus, dass das in Art. 126 Abs. 5 FinfraG erwähnte Kriterium des Werts der Transaktion auch beim angefochtenen Entscheid zu berücksichtigen gewesen wäre, auch wenn es in Art. 118 Abs. 2 FinfraV nicht ausdrücklich erwähnt werde. Die von der Vorinstanz erhobene Gebühr halte einem Vergleich mit anderen (hypothetischen) Transaktionssummen nicht stand. Zudem seien das Kostendeckungs- und das Äquivalenzprinzip nicht beachtet worden. Die UEK hielt an ihrer Verfügung fest und beantragte die Abweisung der Beschwerde.

**Ausgang des Verfahrens:** Die FINMA reduzierte die Gebühr unter Berufung auf das Äquivalenzprinzip um etwa einen Drittel, liess aber offen, ob auch bei der Gebührenbemessung in sogenannten anderen Entscheiden der Wert der Transaktion zu berücksichtigen ist. Den Beschwerdeführern wurden für das Beschwerdeverfahren entsprechend dem Verhältnis ihres Unterliegens reduzierte Verfahrenskosten auferlegt und eine reduzierte Parteientschädigung zugesprochen.

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

32

**Entscheiddatum:** 6.10.2017

**Gesuchsteller:** X Holding AG

**Thema:** Offenlegung von Beteiligungen (Art. 120 FinfraG); Erleichterungen von der Meldepflicht (Art. 123 Abs. 2 FinfraG); Erfüllung der Meldepflicht für Beteiligungen, die von ausländischen kollektiven Kapitalanlagen gehalten werden, die zum Vertrieb in der Schweiz nicht zugelassen sind (Art. 18 Abs. 4 FinfraV-FINMA)

**Zusammenfassung:** Die gesuchstellende Holdinggesellschaft beantragte bei der OLS einer Schweizer Börse die Feststellung, dass die Meldepflicht für Beteiligungen von nicht genehmigten ausländischen kollektiven Kapitalanlagen nicht durch die sie beherrschende Person zu erfüllen sei. Dem folgte die OLS in ihrer Empfehlung nicht, worauf die Gesuchstellerin diese ablehnte und die FINMA ein Verfahren eröffnete. Die Gesuchstellerin brachte vor, Art. 18 Abs. 4 FinfraV-FINMA widerspreche der Regelung von Art. 120 Abs. 1 FinfraG, da das wirtschaftliche Risiko ausschliesslich von den Anlegern der kollektiven Kapitalanlagen getragen werde. Folglich könne die beherrschende Person wirtschaftlich nicht berechtigt sein, weshalb sie keiner Meldepflicht nach Art. 120 Abs. 1 FinfraG unterliegen könne. Die FINMA erwog dagegen, dass gemäss Art. 120 Abs. 1 FinfraG jeglicher Erwerb einer Meldepflicht unterstehe. Art. 18 Abs. 4 FinfraV-FINMA regle einen Spezialfall des Erwerbs und bestehe neben der in Art. 10 Abs. 1 FinfraV-FINMA vorgesehenen Meldepflicht des wirtschaftlich Berechtigten. Allerdings gewährte die FINMA eine als Eventualantrag begehrte Erleichterung der Meldepflicht: Beteiligungen, die gemäss Art. 18 Abs. 4 FinfraV-FINMA zu melden sind, können demnach von den jeweiligen (Sub-)Konzernobergesellschaften anstelle der diese beherrschenden natürlichen Person aggregiert und gegebenenfalls gemeldet werden. Dabei berücksichtigte die FINMA in Anlehnung an Art. 18 Abs. 6 FinfraV-FINMA eine zuvor abgegebene Erklärung der beherrschenden natürlichen Person.

**Ausgang des Verfahrens:** Gewährung einer Erleichterung (Art. 123 Abs. 2 FinfraG)

**Rechtskraft:** Die Verfügung wurde nicht angefochten und ist rechtskräftig.

23

### Internationale Amtshilfe

24

Kasustik FINMA  
FINMA | Enforcementbericht 2017

33

**Date de la décision:** 16.2.2017

**Résumé:** La Capital Markets Authority (CMA) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA concernant une possible violation des dispositions kényanes relatives à l'obligation de déclarer et à la protection des investisseurs. Selon le droit kényan, les émetteurs doivent déclarer les participations des administrateurs qui détiennent, directement ou indirectement, plus de 3 % des titres émis de la société cotée. Dans ce contexte, la CMA expose que X Ltd détient 5,99 % des titres de Y Ltd et que A y occupait une position dirigeante entre 2008 et 2012. Or, ayant identifié sur le compte bancaire en Suisse de X Ltd des versements reçus de Y Ltd à cette période, la CMA soupçonne A de bénéficier de ces versements en raison de liens existants entre les sociétés X Ltd, Y Ltd et A. Pour cette raison, la CMA s'est enquis de l'identité des ayants droit économiques du compte de X Ltd. Alléguant que les ayants droit économiques de X Ltd n'étaient pas A et B, comme il ressortait des documents bancaires, mais C et D, les parties ont insisté sur la nécessité de distinguer les titulaires des titres de Y Ltd des bénéficiaires de dividendes relatifs à ces mêmes titres. De plus, A ne détiendrait que 2,995 %, l'autre moitié appartenant à B, lequel serait un tiers non impliqué. Enfin, la CMA n'offrirait pas toutes les garanties relatives aux principes de confidentialité et de spécialité, sa démarche s'apparentant à une *fishing expedition*. La FINMA a rejeté tous ces arguments et rappelé que la transmission des informations requises par la CMA était précisément de nature à déterminer l'identité de la personne percevant régulièrement des dividendes de Y Ltd. Enfin, la FINMA s'est assurée auprès de la CMA que celle-ci respecterait les principes de confidentialité et de spécialité.

**Entrée en force:** Confirmé par arrêt du TAF B-1219/2017 du 31.8.2017 (dernière instance).

34

**Entscheiddatum:** 24.2.2017

**Zusammenfassung:** Die United States Securities and Exchange Commission (SEC) ersuchte die FINMA um Amtshilfe wegen Verdachts auf Marktmanipulation in der Form des sog. «Pump and Dump». Bestimmte Personen hätten ihre Kontrolle und wirtschaftliche Berechtigung betreffend die X Ltd. verschleiert und gleichzeitig den Wert der X-Aktien mittels einer aggressiven Marketingkampagne ansteigen lassen. Anschliessend hätten sie die Aktien zu künstlich überhöhten Preisen verkauft und dabei hohe Gewinne realisiert. Die mutmassliche Marktmanipulation sei zwischen 2007 und Ende 2012 erfolgt und charakterisiere sich dabei durch vier Phasen: (i) Aktienerhalt, (ii) Verstecken der Aktien sowie (iii) eine Pump- bzw. (iv) eine Dump-Phase. Die vom Amtshilfesuch der SEC betroffene Kontoinhaberin brachte unter anderem vor, dass sie bereits zu Beginn des Jahres 2011 keine Aktien der X Ltd. mehr besessen habe und solche folglich auch nicht im Rahmen eines allfälligen im Jahr 2012 betriebenen Pump-and-Dump-Systems habe veräussern können. Die FINMA wies dieses Argument zurück und hielt fest, dass sich die Untersuchung der SEC über den Zeitraum von 2007 bis 2012 erstrecke. Aufgrund der von der Kontoinhaberin getätigten Transaktionen von Ende Dezember 2010 bis Anfang Februar 2011 könne ein allfälliges Mitwirken nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

**Rechtskraft:** Eine gegen die Verfügung erhobene Beschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht teilweise gutgeheissen, vgl. Urteil BVGer B-1534/2017 vom 3.7.2017 (letztinstanzlich).

35

**Date de la décision:** 30.3.2017

**Résumé:** La Comissão do Mercado de Valores Mobiliários (CMVM) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec le titre de la société Y dans le cadre d'une enquête relative à une potentielle manipulation de marché. A l'appui de sa requête, la CMVM indique que la valeur du titre Y a chuté durant l'année 2014 et que Y en a, par la suite, suspendu la cotation. D'importants volumes de titres ont été vendus quelques jours avant la suspension de la cotation. La CMVM soupçonne un abus de marché, soit par l'utilisation d'informations privilégiées, soit par une manipulation du titre s'expliquant par la création d'une apparence de liquidités et la sécurisation du prix de l'action. L'édition des documents bancaires a révélé que X avait vendu 175 000 actions Y immédiatement avant la suspension de la cotation. Arguant qu'elle n'avait vendu qu'une partie des actions Y en sa possession et que la requête n'était de ce fait pas proportionnelle, X s'est opposée à la transmission à la CMVM de l'intégralité des informations requises. Considérant que la requête de la CMVM remplissait en particulier les conditions de proportionnalité et de spécialité, la FINMA a délivré les informations requises.

**Entrée en force:** Confirmé par arrêt du TAF B-2165/2017 du 21.6.2017 (dernière instance).

36

**Entscheiddatum:** 27.4.2017

**Zusammenfassung:** Die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ersuchte die FINMA um internationale Amtshilfe wegen Verdachts auf Marktmanipulation im Zusammenhang mit dem Handel von Aktien der X AG. Die Aktie sei seit Ende 2010 in einem Börsenbrief beworben worden, ohne dass dabei zugleich die Interessenkonflikte offengelegt worden seien, die darin bestanden hätten, dass die Verfasser des Börsenbriefs bzw. mit diesen mitäterschaftlich zusammenwirkende dritte Positionen in den Aktien der X AG gehalten und zu verkaufen beabsichtigt hätten. Die BaFin ersuchte für diejenigen Konten, über die nach ihrem Dafürhalten verdächtige Transaktionen getätigt worden waren, u.a. um Übermittlung einer Aufstellung sämtlicher Bestandesveränderungen für den Zeitraum Mai 2010 bis April 2011. Die FINMA bejahte im Grundsatz die Zulässigkeit der Amtshilfe. Hingegen kürzte sie den relevanten Zeitraum um sechs Monate, womit eine chronologische Kongruenz zwischen den getätigten Transaktionen und den Bewerbungen hergestellt wurde.

**Rechtskraft:** Eine gegen die Verfügung erhobene Beschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen, vgl. Urteil BVGer B-2710/2017 vom 8.8.2017 (letztinstanzlich).

### 37

**Date de la décision:** 27.7.2017

**Résumé:** La British Columbia Securities Commission (BCSC) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec le titre de la société Y dans le cadre d'une enquête menée relativement à une potentielle manipulation de marché de type «*pump and dump*». A l'appui de sa requête, la BCSC explique que des promoteurs auraient orchestré une campagne publicitaire par le biais d'un rapport promotionnel publié sur Internet. La publication de ce rapport a engendré une hausse significative tant du volume d'actions échangées que de leur valeur. Après la publication de ce rapport, X SA a revendu un grand nombre d'actions depuis un compte à l'étranger, engendrant un bénéfice conséquent. X SA a, préalablement à la promotion et à partir d'un compte en Suisse, effectué un versement en faveur d'une personne impliquée dans la promotion du titre de la société Y. La BCSC souhaite obtenir les documents bancaires, y compris l'identité de l'ayant droit économique du compte suisse de X SA. Considérant que la transmission à la BCSC de l'intégralité des informations n'était pas proportionnelle, X SA s'y est opposée. Se fondant sur la jurisprudence actuelle, la FINMA a rejeté les arguments de X SA et octroyé l'assistance administrative.

**Entrée en force:** Confirmé par arrêt du TAF B-4518/2017 du 20.11.2017 (dernière instance).

### 38

**Date de la décision:** 30.8.2017

**Résumé:** L'Autorité des marchés financiers (AMF) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec les obligations Y dans le cadre d'une enquête menée relativement à un cas potentiel de *front running*, qui en droit français est considéré comme un délit d'initié. A l'appui de ses deux requêtes (jointes par la suite), l'AMF explique avoir relevé un nombre significatif de transactions réalisées à des prix favorables sur les obligations Y par l'établissement bancaire Z via un courtier qui, peu de temps après, a débouclé très majoritairement sa position en obligations acquises ou vendues à l'établissement bancaire Z face à l'établissement bancaire X SA. L'AMF souhaite connaître l'identité des bénéficiaires économiques pour le compte desquels les transactions suspectes ont été réalisées. L'édition de documents bancaires a permis d'identifier le titulaire du compte et révélé qu'il s'agissait de X SA. Celle-ci s'est opposée à la transmission d'informations et de documents la concernant à l'AMF au motif que celle-ci ne remplirait pas les conditions de l'art. 42 al. 2 LFINMA, que l'activité de *front running* décrite par l'AMF dans sa requête ne pourrait pas constituer un délit d'initié et que le principe de la double incrimination ne serait pas respecté. Considérant que l'AMF satisfaisait pleinement aux exigences de confidentialité et de spécialité imposées par l'art. 42 al. 2 LFINMA, que le *front running* était considéré en droit français comme un délit d'initié au sens de l'art. 621-3 du Règlement général de l'AMF et que la condition de la double incrimination n'avait pas à être examinée pour l'octroi de l'assistance administrative, la FINMA a notifié à la partie une décision.

**Entrée en force:** Confirmé par arrêt du TAF B-5099/2017 du 20.12.2017 (dernière instance).

### 39

**Date de la décision:** 25.10.2017

**Résumé:** L'Autorité des marchés financiers (AMF) Québec a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec les titres de plusieurs sociétés dans le cadre d'une enquête menée relativement à de potentiels délits d'initié. A l'appui de ses deux requêtes (principale et complémentaire), l'AMF Québec explique enquêter sur un groupe d'individus qui aurait réalisé un nombre significatif de transactions portant sur les titres de sociétés liées à des fusions et/ou acquisitions impliquant parfois la société A. C'est en effet par le biais de l'ancien directeur général de la société A que le groupe aurait pu avoir connaissance de ces informations. De plus, le groupe aurait mis en place un système de paiement de commissions (*kickback*) permettant de rémunérer les individus qui transmettaient l'information aux autres membres du groupe. Pour les relations bancaires identifiées en Suisse, l'AMF Québec souhaite connaître l'identité des bénéficiaires économiques des comptes sur lesquels les transactions suspectes ont été réalisées. L'édition de documents bancaires a permis d'identifier les titulaires des comptes et révélé qu'il s'agissait de B, X SA, Y SA et Z SA. Ceux-ci se sont opposés à la transmission à l'AMF Québec d'informations et de documents les concernant au motif que sa requête ne remplirait pas, pour certaines transactions à tout le moins, les conditions de l'art. 42 al. 2 LFINMA. Le principe de proportionnalité de l'art. 42 al. 4 ne serait pas non plus respecté. Les enquêtes d'entraide administrative internationale devraient en outre être suspendues en raison de litiges pendants devant diverses instances canadiennes. Après jonction des causes, la FINMA a procédé à la

notification d'une décision formelle à B, X SA, Y SA et Z SA exposant que l'entraide pouvait être accordée à l'AMF Québec dans la mesure où elle satisfaisait pleinement aux exigences de spécialité imposée par l'art. 42 al. 2 LFINMA. La proportionnalité est en outre également garantie. Enfin, il ne se justifie pas de suspendre l'entraide, l'AMF Québec étant en principe tenue au principe de confidentialité.

**Entrée en force:** Un recours est pendant par-devant le Tribunal administratif fédéral; procédure de recours B-6294/2017.

### 40

**Date de la décision:** 30.11.17

**Résumé:** L'Autorité des marchés financiers (AMF) a sollicité l'assistance administrative internationale de la FINMA en relation avec le titre de la société Z, dans le cadre d'une enquête menée relativement à un potentiel délit d'initié. A l'appui de sa requête, l'AMF explique que X a acheté des actions Z peu avant une annonce positive et les a revendues peu après cette annonce depuis un compte en Angleterre, engendrant un bénéfice d'environ 1,6 million d'euros. X a ensuite versé 2,4 millions d'euros sur son compte en Suisse. L'AMF suspecte X d'avoir utilisé ce compte afin de rémunérer des titulaires d'informations privilégiées. Elle envisage également de mettre sous séquestre les bénéfices issus des transactions sur Z. L'AMF souhaite obtenir les détails des virements sortants et les documents d'ouverture du compte de X en Suisse. Dans le cas où X a transféré les fonds en question sur un autre de ses comptes en Suisse ou sur un compte dont il est l'ayant droit économique, l'AMF souhaite obtenir pour ces comptes les mêmes documents. Durant la période concernée, X a effectué un transfert en faveur d'un autre de ses comptes en Suisse ainsi qu'en faveur du compte d'Y SA. X et Y SA ont refusé la transmission de l'intégralité des informations requises à l'AMF, considérant qu'elle était non proportionnelle et assimilable à une *fishing expedition*. Estimant que l'AMF avait démontré l'existence d'un soupçon initial et que les autres conditions étaient remplies, la FINMA a accordé l'assistance administrative.

**Entrée en force:** Un recours est pendante devant le Tribunal administratif fédéral; procédure de recours B-6922/2017.

### Übersicht

Eine Verfügung der FINMA kann mit Beschwerde ans Bundesverwaltungsgericht weitergezogen werden. Grundsätzlich ist gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten ans Bundesgericht zulässig. Eine Ausnahme gilt für Verfügungen in der internationalen Amtshilfe und bei Entscheidungen der FINMA über öffentliche Kaufangebote: Hier entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz.

Es folgt eine Auflistung der Gerichtsentscheide aus dem Jahr 2017, die in den Zuständigkeitsbereich des FINMA-Enforcements fallen. Zur besseren Übersicht ist die Liste nach Kategorien gegliedert, wobei unterschieden wird zwischen Urteilen zum bewilligten Bereich (einschliesslich der Marktaufsichtsfälle, S. 30), zu unerlaubt tätigen Finanzmarktanbietern (S. 31) und zur internationalen Amtshilfe (S. 33). Mit der Urteilsnummern können die Entscheide in den Datenbanken der Gerichte aufgerufen werden.

### Bewilligter Bereich und Marktaufsicht

#### Urteile des Bundesgerichts

Urteil BGer 2C\_687/2017 vom 22.8.2017 (Zwischenverfügung BVGer B-757/2017 vom 26.7.2017) / Löschung aus dem Versicherungsvermittlerregister, Eintragungssperre, unentgeltliche Rechtspflege: Abweisung der Beschwerde (**Fall 3**)

#### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Décision de radiation TAF B-4310/2015 du 24.1.2017 (entrée en force) / violation de l'obligation d'informer et d'annoncer, garantie d'une activité irréprochable: levée de la suspension, l'affaire est radiée du rôle (cf. rapport sur l'*enforcement* **2015, cas 5**)

Décision de radiation TAF B-4294/2015 du 24.1.2017 (entrée en force) / violation de l'obligation d'informer et d'annoncer, garantie d'une activité irréprochable: levée de la suspension, l'affaire est radiée du rôle (cf. rapport sur l'*enforcement* **2015, cas 5**)

Sentenza TAF B-8041/2016 del 22.2.2017 (cresciuta in giudicato) / nomina di un incaricato dell'inchiesta: ricorso respinto

Urteil BVGer B-5756/2014 vom 18.5.2017 (rechtskräftig) / Bankenrechtliche Gewährs- und Organisationserfordernisse: Gutheissung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 14**)

Urteil BVGer B-1242/2016 vom 20.6.2017 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_717/2017) / Zusatzversicherung: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 2**)

Urteil BVGer B-3638/2017 vom 19.9.2017 (rechtskräftig) / Akteneinsicht: Nichteintreten auf die Beschwerde

Urteil BVGer B-5772/2015 vom 20.9.2017 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_929/2017) / Schwere Verletzung von aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, Berufsverbot: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 9**)

### Unerlaubt tätige Finanzdienstleister

Urteil BVGer B-1290/2017 vom 22.9.2017 (rechtskräftig) / Rechtsverweigerung, eventualiter Rechtsverzögerung im Enforcementverfahren: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Urteil BVGer B-757/2017 vom 23.10.2017 (rechtskräftig) / Löschung aus dem Versicherungsvermittlerregister, Eintragungssperre: Nichteintreten auf die Beschwerde (**Fall 3**)

Arrêt TAF B-3768/2017 du 8.11.2017 (entré en force) / violation des obligations de diligence en matière de blanchiment d'argent, publication d'un communiqué de presse, demande de restitution de l'effet suspensif et de mesures provisoires urgentes: recours irrecevable

Urteil BVGer B-4730/2017 vom 13.12.2017 (rechtskräftig) / Tätigkeitsverbot, Berufsverbot: Nichteintreten auf die Beschwerde (**Fall 15**)

#### Urteile des Bundesgerichts

Urteil BGer 2F\_1/2017 vom 16.1.2017 (Revision Urteil BGer 2C\_305/2016 vom 24.11.2016) / Unbewilligte Ausübung der Finanzintermediation, Liquidation, Tätigkeitsverbot und Publikation: Nichteintreten auf die Eingabe (siehe Enforcementbericht **2014, Fall 44**)

Urteil BGer 2C\_158/2017 vom 27.3.2017 (Zwischenentscheid BVGer B-4354/2016 vom 6.1.2017) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumseinlagen, Liquidation und Konkurs, Unterlassungsanweisung und Veröffentlichung: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 21**)

Verfügung BGer 2C\_360/2017 vom 15.5.2017 (Urteil BVGer B-6648/2015 vom 17.3.2017) / Fristerstreckung, Freigabe von Mitteln: Abweisung des Gesuches um vorsorgliche Massnahmen

Verfügung BGer 2C\_359/2017 vom 15.5.2017 (Urteil BVGer B-6651/2015 vom 17.3.2017) / Fristerstreckung, Freigabe von Mitteln: Abweisung des Gesuches um vorsorgliche Massnahmen

### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Sentenza TAF B-3684/2015 del 25.1.2017 (cresciuta in giudicato) / pubblicazione dell'ordine di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione per 4 anni: ricorso respinto (cfr. Rapporto sull'enforcement **2015, caso 29**)

Urteil BVGer B-6648/2015 vom 17.3.2017 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_360/2017) / Fristerstreckung, Freigabe von Mitteln: Nichteintreten auf die Beschwerde

Urteil BVGer B-6651/2015 vom 17.3.2017 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_359/2017) / Fristerstreckung, Freigabe von Mitteln: Nichteintreten auf die Beschwerde

Urteil BVGer B-7262/2015 vom 19.4.2017 (angefochten; siehe Urteil BGer 2C\_428/2017) / Fristerstreckung, Akteneinsicht, Zutritt zu Räumlichkeiten und Zugang zu Infrastruktur, Freigabe von Mitteln, Einvernahme, Umsetzung von beantragten Massnahmen: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten werde bzw. sie nicht gegenstandslos geworden sei

Abschreibungsentscheid B-4379/2016 vom 10.7.2017 (rechtskräftig) / Verfahrensteilung, Teilentscheid: Abschreibung des Beschwerdeverfahrens und des Gesuches um vorsorgliche Massnahmen, Abweisung betr. Verfahrenskosten und Parteientschädigung

Urteil BVGer B-507/2016 vom 17.8.2017 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen, unerlaubte Verwendung des Ausdrucks «Sparen», Unterlassungsanweisung, Publikation: Abweisung der Beschwerde (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 41**)

Urteil BVGer B-3380/2015 vom 21.8.2017 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_858/2017) / Konkursöffnung: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 25**)

Urteil BVGer B-3729/2015 vom 25.8.2017 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_860/2017) / Unbewilligte Entgegennahme von Publikums-einlagen, Liquidation und Konkurs, Unterlassungsanweisung und Publikation: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 31**)

Urteil BVGer B-561/2014 vom 19.9.2017 (rechtskräftig) / Unerlaubte Tätigkeit als Finanzintermediär im Sinne von Art. 2 Abs. 3 GwG, Liquidation, Verbot einer unbewilligten Tätigkeit: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten werde

Urteil BVGer B-2005/2017 vom 31.10.2017 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikums-einlagen, Unterlassungsanweisung, Publikation: Nichteintreten auf die Beschwerde (**Fall 20**)

Urteil BVGer B-5712/2015, B-6430/2015 vom 1.11.2017 (angefochten; vgl. Beschwerdeverfahren BGer 2C\_1068/2017 und 2C\_1070/2017) / Emissionshäufigkeit, Betrieb einer kollektiven Kapitalanlage, Konkurs, Unterlassungsanweisung, Publikation: Nichteintreten auf die Beschwerde der Beschwerdeführer 2 und 3, Abweisung der Beschwerde der Beschwerdeführer 1 und 4 (siehe Enforcementbericht **2015, Fall 35**)

Urteil BVGer B-4354/2016 vom 30.11.2017 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumsseinlagen, Liquidation und Konkurs, Unterlassungsanweisung und Veröffentlichung: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten und Aufhebung der Verfügung (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 21**)

Urteil BVGer B-2188/2016 vom 4.12.2017 (rechtskräftig) / Unerlaubter Effektenhandel, Unterlassungsanweisung, Publikation: teilweise Gutheissung der Beschwerde, im Übrigen Abweisung der Beschwerde soweit darauf eingetreten (siehe Enforcementbericht **2016, Fall 16**)

Sentenza TAF B-7062/2016 del 8.12.2017 (cresciuta in giudicato) / ordine di astenersi dall'esercizio di un'attività assoggettata senza la necessaria autorizzazione, pubblicazione: ricorso parzialmente accolto; per il resto, ricorso respinto (cfr. Rapporto sull'enforcement **2016, caso 25**)

Abschreibungsentscheid BVGer B-5780/2017 vom 11.12.2017 (rechtskräftig) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumsseinlagen, Unterlassungsanweisung und Publikation: Abschreibung zufolge Rückzugs (**Fall 29**)

Urteil BVGer B-4772/2017 vom 19.12.2017 (angefochten) / Unerlaubte Entgegennahme von Publikumsseinlagen, Liquidation und Konkurs, Unterlassungsanweisung und Veröffentlichung: Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten und Aufhebung der Verfügung (**Fall 25**)

## Internationale Amtshilfe

### Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

Urteil BVGer B-5120/2016 vom 23.2.2017 / BaFin / Ausstand: Abweisung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten

Arrêt du TAF B-524/2017 du 10.4.2017 / AMF / entraide administrative internationale: le recours est rejeté (cf. rapport sur l'enforcement **2016, cas 40**)

Arrêt du TAF B-520/2017 du 1.5.2017 / AMF / entraide administrative internationale: le recours est rejeté (cf. rapport sur l'enforcement **2016, cas 43**)

Arrêt du TAF B-2165/2017 du 21.6.2017 / CMVM / entraide administrative internationale: le recours est rejeté (**cas 35**)

Urteil BVGer B-1534/2017 vom 3.7.2017 / SEC / Internationale Amtshilfe: teilweise Gutheissung der Beschwerde, soweit darauf eingetreten, im Übrigen Abweisung der Beschwerde (**Fall 34**)

Urteil BVGer B-2710/2017 vom 8.8.2017 / BaFin / Internationale Amtshilfe: Abweisung der Beschwerde (**Fall 36**)

Arrêt du TAF B-1219/2017 du 31.8.2017 / CMA / entraide administrative internationale: le recours est rejeté (**cas 33**)

Arrêt du TAF B-4518/2017 du 20.11.2017 / BCSC / entraide administrative internationale: le recours est rejeté (**cas 37**)

Arrêt du TAF B-5099/2017 du 20.12.2017 / AMF / entraide administrative internationale: le recours est rejeté (**cas 38**)

Allgemeine Statistiken<sup>1</sup>

Abgeschlossene Enforcementgeschäfte



<sup>1</sup> Aufgrund nachträglicher Änderungen oder Anpassungen der Zählweise könnten die Zahlen des Statistikeils von denjenigen des letztjährigen Berichts abweichen. Insbesondere werden im vorliegenden Enforcementbericht die Verfügungen im Insolvenz-bereich nicht mehr mitgezählt (die entsprechenden Statistiken finden sich im FINMA-Jahresbericht).

<sup>2</sup> Der Medianwert seit 2014 liegt bei 9,08 Monaten.



## Enforcementverfahren

<b>Abgeschlossene Enforcementverfahren nach Bereich</b> (ohne Amtshilfverfahren)	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Bewilligter Bereich	9	15
davon Banktätigkeit/Effektenhandel	5	5
davon Versicherungstätigkeit	0	2
davon DUF	0	3
davon Asset Manager (Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen)	1	0
davon andere	3	5
Einzelverfahren gegen natürliche Personen	17	10
Unerlaubter Bereich	12	13
<b>Total</b>	<b>38</b>	<b>38</b>

<b>Von abgeschlossenen Enforcementverfahren betroffene Parteien</b> (ohne Amtshilfverfahren; mehrere betroffene Parteien je Verfahren möglich)	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Juristische Personen im bewilligten Bereich	13	17
Natürliche Personen im bewilligten Bereich	11	9
Juristische Personen im unerlaubt tätigen Bereich	23	33
Natürliche Personen im unerlaubt tätigen Bereich	32	32
<b>Total</b>	<b>79</b>	<b>91</b>

## Internationale Amtshilfe

<b>Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Themen (Amtshilfeleistung)</b> (je nach Gesuch mehrere Themen möglich)	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Marktmissbrauch	173	153
Bank	42	37
Versicherung	1	4
Märkte	11	18
Fit & proper	96	123
Weiterleitungsverfahren	6	12
Allgemeine Anfragen	115	86
Abklärungen Art. 271 StGB	1	4
Abklärungen Art. 4 <sup>quinquies</sup> BankG	3	2
Andere	10	0
<b>Total</b>	<b>458</b>	<b>439</b>

<b>Abgeschlossene Amtshilfegesuche nach Land (Amtshilfeleistung)</b>	<b>2017</b>	<b>2016</b>
Frankreich	47	55
Deutschland	60	46
USA	52	46
Vereinigtes Königreich	33	36
Österreich	11	9
Italien	14	22
Kanada	15	3
Liechtenstein	8	7
Übrige europäische Behörden: EU	99	111
Übrige europäische Behörden: Nicht-EU	32	24
Naher Osten, mittel- und südamerikanische, asiatische Behörden	75	68
Afrikanische Behörden	11	9
<b>Total</b>	<b>457</b>	<b>436</b>

### Amtshilfegesuche von ausländischen Behörden

#### Kundenverfahren

Betreffend Amtshilfegesuche ausländischer Behörden wurden im Berichtsjahr 131 (Vorjahr 238) Kunden von Bewilligungsträgern notifiziert, wobei in 9 (Vorjahr 6) Fällen eine anfechtbare Verfügung verlangt wurde. 9 (Vorjahr 4) Verfügungen wurden beim Bundesverwaltungsgericht angefochten. Das Bundesverwal-

tungsgericht hat 2017 in 8 (Vorjahr 5) Fällen entschieden, davon 7 (Vorjahr 4) zugunsten der FINMA.

Bei 21 Kunden wurden Übermittlungen ohne vorgängige Information der Betroffenen gemäss Art. 42a Abs. 4 FINMAG vorgenommen (Vorjahr 23).

#### Amtshilfebegehren der FINMA im Zusammenhang mit eigenen Enforcementaktivitäten

Amtshilfebegehren der FINMA in eigenen Enforcementverfahren nach Land (Amtshilfeersuchen)	2017	2016
Frankreich	2	4
Deutschland	5	12
USA	1	2
Vereinigtes Königreich	7	13
Österreich	1	3
Italien	0	2
Kanada	0	1
Liechtenstein	2	10
Übrige europäische Behörden: EU	6	10
Übrige europäische Behörden: Nicht-EU	3	1
Naher Osten, mittel- und südamerikanische, asiatische Behörden	2	3
Afrikanische Behörden	0	0
<b>Total</b>	<b>29</b>	<b>61</b>

Themen der entsprechenden Enforcementaktivitäten	2017	2016
Bewilligter Bereich	11	9
Unerlaubte Tätigkeit	8	20
Marktaufsicht	10	2
<b>Total</b>	<b>29</b>	<b>61</b>

### Meldungen<sup>3</sup> nach Art. 42c Abs. 3 FINMAG (Direktübermittlung durch Beaufschlagte)

Meldungen gemäss Art. 42c Abs. 3 FINMAG	2017
Banken	81
Versicherungen	86
Übrige Geschäftsbereiche	2
<b>Total</b>	<b>169</b>
Davon ...	
... mit Verzicht auf zukünftige Meldungen von gleichartigen Übermittlungen (FINMA-RS 17/06, Rz. 69)	21
... mit Vorbehalt der Amtshilfe durch die FINMA (Art. 42c Abs. 4 FINMAG)	8

<sup>3</sup> Als eine Meldung wurde jeweils die Mitteilung einer beabsichtigten Übermittlung gezählt. Dies unabhängig davon, ob – wie in der Praxis häufig der Fall – in einem Schreiben die Übermittlung von mehreren verschiedenen Berichten/Dokumenten/Sachverhalten angekündigt wurde.

### Verfügungen in Enforcementgeschäften

#### Allgemein

Verfügungen nach Sprache	2017	2016
Deutsch	50	54
Französisch	17	21
Italienisch	0	5
<b>Total</b>	<b>67</b>	<b>80</b>

Verfügungen nach Art	2017	2016
Endverfügungen	48	44
Zwischenverfügungen	16	35
Wiedererwägungsverfügungen	3	1
<b>Total</b>	<b>67</b>	<b>80</b>

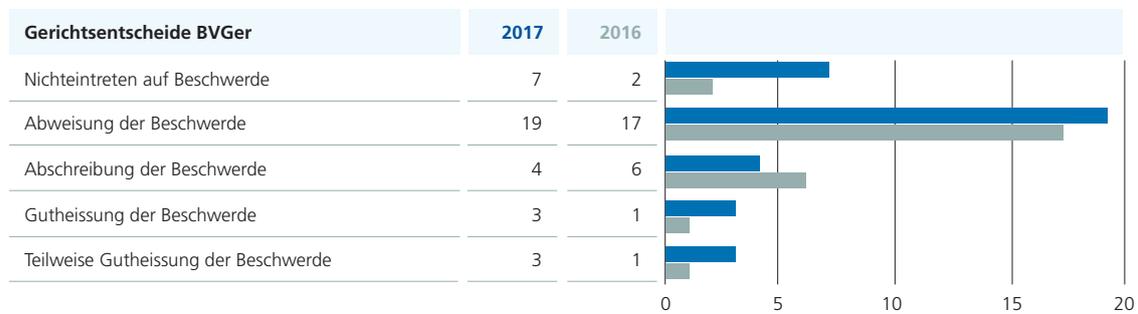
Verfügungen nach Bereich	2017	2016
Bewilligter Bereich	23	35
Unerlaubt tätige Finanzmarktanbieter	25	36
Marktaufsicht	6	1
Offenlegungen	3	1
Übernahmen	1	1
Amtshilfe	9	6
<b>Total</b>	<b>67</b>	<b>80</b>

Verfügungen nach Art der Betroffenen	2017	2016
Juristische Personen	76	104
Natürliche Personen	53	43
<b>Total</b>	<b>129</b>	<b>147</b>

## Massnahmen

Massnahmen in Verfügungen (ohne Amtshilfverfahren, mehrere Massnahmen und mehrere betroffene Personen je Verfügung möglich)	betroffene juristische Personen		betroffene natürliche Personen	
	2017	2016	2017	2016
Auflagen und Einschränkungen (Art. 31 FINMAG)	7	9	0	0
Feststellungsverfügung (Art. 32 FINMAG) zusammen mit weiteren Massnahmen	31	31	27	28
Feststellungsverfügung (Art. 32 FINMAG) ohne weitere Massnahmen	1	2	0	3
Berufsverbot (Art. 33 FINMAG)	–	–	6	4
Tätigkeitsverbot (Art. 35a BEHG)	–	–	3	0
Unterlassungsanweisung	4	2	26	26
Veröffentlichung Verfügung/Dispositiv (Art. 34 FINMAG)	0	0	23	17
Einziehung (Art. 35 FINMAG)	6	2	2	0
Einsetzung Untersuchungsbeauftragter (Art. 36 FINMAG)	16	25	2	0
Umsetzungsbegleitung durch Dritte	3	1	0	0
Bewilligungsentzug (Art. 37 FINMAG)	0	2	0	0
Konkurseröffnung/Liquidation	9	26	0	0

## Gerichtssentscheide





**a** alt / Ancien

**Abs.** Absatz

**ABV-FINMA** Verordnung vom 21. Oktober 1996 der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die ausländischen Banken in der Schweiz (Auslandbankenverordnung-FINMA; SR 952.111)

**AG** Aktiengesellschaft

**al.** Alinéa

**AMF** Autorité des marchés financiers

**Art. / Art. / artt.** Artikel / Article / articolo/i

**BaFin** Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Deutschland)

**BankG** Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz; SR 952.0)

**BankV** Verordnung vom 30. April 2014 über die Banken und Sparkassen (Bankenverordnung; SR 952.02)

**BCSC** British Columbia Securities Commission

**BEHG** Bundesgesetz vom 24. März 1995 über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz; SR 954.1)

**BGer** Bundesgericht

**Bst.** Buchstabe

**betr.** betreffend

**BVGer** Bundesverwaltungsgericht

**bzw.** beziehungsweise

**cf.** Confer

**CHF** Schweizer Franken / Francs suisses / franchi svizzeri

**Circ.-FINMA 08/24** circulaire FINMA 2008/24 du 20 novembre 2008 « Surveillance et contrôle interne – banques »

**CMA** Capital Markets Authority

**CMVM** Comissão do Mercado de Valores Mobiliários

**d.h.** das heisst

**DUFI** Direkt unterstellter Finanzintermediär

**EC** E-Coins

**EFD** Eidgenössisches Finanzdepartement

**etc.** Et cetera

**EU** Europäische Union / European Union

**EUR** Euro / euro

**ff.** fortfolgende

**FinfraG** Bundesgesetz vom 19. Juni 2015 über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturgesetz; SR 958.1)

**FinfraV** Verordnung vom 25. November 2015 über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturverordnung; SR 958.11)

**FinfraV-FINMA** Verordnung vom 3. Dezember 2015 der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastrukturverordnung-FINMA; SR 958.111)

**FINMA** Eidgenössische Finanzmarktaufsicht / Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers / Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari / Swiss Financial Market Supervisory Authority

**FINMAG** Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finanzmarktaufsichtsgesetz; SR 956.1)

**FINMA-RS 13/8** FINMA-Rundschreiben 2013/8 vom 29. August 2013 « Marktverhaltensregeln »

**FINMA-RS 08/3** FINMA-Rundschreiben 2008/3 vom 20. November 2008 « Publikumseinlagen bei Nichtbanken »

**FINMA-RS 08/38** FINMA-Rundschreiben 2008/38 vom 20. November 2008 « Marktverhaltensregeln »

**FINMA-RS 17/06** FINMA-Rundschreiben 2017/06 vom 8. Dezember 2016 « Direktübermittlung »

**GmbH** Gesellschaft mit beschränkter Haftung

**GwG** Bundesgesetz vom 10. Oktober 1997 über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung im Finanzsektor (Geldwäschereigesetz; SR 955.0)

**i.S.v.** im Sinne von

**i.V.m.** in Verbindung mit

**KAG** Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz; SR 951.31)

**LB** Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (loi sur les banques; RS 952.0)

## Abkürzungen

---

**LBA** Loi fédérale du 10 octobre 1997 concernant la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (loi sur le blanchiment d'argent; RS 955.0)

**let. / lett.** Lettre / lettera

**LFINMA** Loi fédérale du 22 juin 2007 sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (loi sur la surveillance des marchés financiers; RS 956.1) / Legge federale del 22 giugno 2007 concernente l'Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari (Legge sulla vigilanza dei mercati finanziari; RS 956.1)

**LPCC** Loi fédérale du 23 juin 2006 sur les placements collectifs de capitaux (loi sur les placements collectifs; RS 951.31)

**Ltd.** Limited

**Mio.** Million / milione

**Mrd.** Milliarde

**OB** Ordonnance sur les banques et les caisses d'épargne du 30 avril 2014 (ordonnance sur les banques; RS 952.02)

**OBA-FINMA** Ordonnance de l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers du 3 juin 2015 sur la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme dans le secteur financier (ordonnance de la FINMA sur le blanchiment d'argent; RS 955.033.0)

**OLS** Offenlegungsstelle

**OR** Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht [Obligationenrecht; SR 220])

**PEP** politisch exponierte Person / Personne politiquement exposée

**PLC** Public Limited Company

**Rz.** Randziffer

**S.** Seite

**SA** Société anonyme / società anonima

**SEC** Securities and Exchange Commission (USA)

**sog.** sogenannt

**SRO** Selbstregulierungsorganisation / self-regulatory organisation

**ss** Et suivants

**StGB** Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)

**TAF** Tribunal administratif fédéral / Tribunale amministrativo federale

**u.a.** unter anderem

**UEK** Übernahmekommission

**USA** Vereinigte Staaten von Amerika

**USD** US-Dollar

**usw.** und so weiter

**VAG** Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz; SR 961.01)

**vd.** vedi

**vgl.** vergleiche

**z.B.** zum Beispiel

**ZN** Zweigniederlassung



## IMPRESSUM

---

### **Herausgeberin**

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA  
Laupenstrasse 27  
CH-3003 Bern  
Tel. +41 (0)31 327 91 00  
Fax +41 (0)31 327 91 01  
info@FINMA.ch  
www.FINMA.ch

### **Geschlechterneutrale Formulierung**

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird auf die geschlechterspezifische Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

### **Druck**

BBL

### **Gestaltung**

FINMA